

Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen

Bundesverband Energiespeicher e.V.
22. August 2019

Stellungnahme

Der Bundesverband Energiespeicher e.V. (BVES) begrüßt die Vorlage des Referentenentwurfes eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen. Aufgrund der hohen Relevanz des Themas für das Energie- und Industrieland Deutschlands wäre es zu begrüßen gewesen, wenn der Entwurf mit der gesamten Bundesregierung sowie den Bundesländern zuvor abgestimmt gewesen wäre. Angesichts der Bedeutung der strukturpolitischen Entscheidung wäre dies angemessen. Ebenso wäre es zu begrüßen gewesen, wenn die betroffenen Kommunen und Verbänden mehr als ein Tag Frist zur Stellungnahme gegeben worden wäre.

Aus Sicht des BVES zeigen die Leitbilder für alle drei genannten Reviere im Anhang zum Gesetzesentwurf erheblichen Nachbesserungsbedarf. Der Abschlussbericht der Kommission Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung im Juni 2018 hat einen wichtigen Schwerpunkt im Bereich der Energiespeicher gelegt. Nun ist ohne Not das Thema Energiespeicher auf den Bereich Forschung und Entwicklung reduziert. Ein zielgerichteter energie- und industriepolitischer Ansatz, der über Innovationsförderung hinausgeht, ist nicht erkennbar.

Insbesondere bei den Handlungsprioritäten zu den Leitbildern ist zu ergänzen, dass in allen drei Regionen Energiespeicher eine zentrale Rolle bei der Transformation von der Kohleregion zur Energieregion der Zukunft spielen sollten und können. Konkret bedeutet dies, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen in Energiespeicher erheblich verbessert werden müssen. Dies gilt ebenso für Batteriespeicher, Power-to-X, Wasserstoff- und weitere Technologien, die etwa zur Sektorkopplung genutzt werden können. Hierzu bedarf es eines klaren Datums, wann die Strukturförderungen beginnen werden.

Die Bundesregierung strebt in ihrer Industriestrategie an, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von heute rund 22 Prozent auf 25 Prozent zu steigern. Aufgrund der besonderen Rolle der Industrie von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen, aber auch Teilen der Lausitz, etwa im Raum Cottbus, wird es entscheidend sein, hier klare industrie- und energiepolitische Zielstellungen zu formulieren. Die deutsche Energiespeicher-Industrie wächst mit Raten von 19 Prozent pro Jahr (2018). Verlässliche und stabile Rahmenbedingungen werden darüber entscheiden, ob diese Industrie in Deutschland weiterwächst oder Desinvestitionen stattfinden und im Ausland investiert wird.

Zudem muss das auszuförmulierende Gesetz Klarheit darüber bringen, wie das EU-Beihilferegime so angepasst wird, dass die Strukturhilfen tatsächlich gewährt werden können. Die Notifizierung durch die EU ist zwingende Voraussetzung, damit die Vorhaben realisiert werden können. Entscheidend wird also sein, dass die Strukturhilfen vor dem Beginn des Kohleausstieges zur Verfügung stehen.